

# Die Volkshetzung

## Landeszeitung für die Provinz Sachsen

### Jahrgang 213 für Anhalt und Thüringen. 1920 Nr. 251

<b>Bezugspreis:</b> für halbes und vollständige monatlich M. 6.00, vierteljährlich M. 18.00, halbes Jahr M. 32.00, jährlich M. 60.00, postfrei. Einmalige Belegpreise 1.00. Druck und Postgebühren gesondert.	<b>Morgen-Ausgabe</b>	<b>Anzeigenpreis:</b> Die Spalte 34 mm breit (10 Spalten) M. 4.00, 24 mm breit (10 Spalten) M. 3.00, 18 mm breit (10 Spalten) M. 2.00. Kleinanzeigen 100 W. pro Zeile. Einmalige Belegpreise 1.00. Druck und Postgebühren gesondert.
<b>Verkaufspreis:</b> Halle-Saale: Ketzberg Straße 61/62, Fernruf Zentral 7801. Magdeburg: Poststraße 56/59 und 60/61. — Postfach-Vertrieb: Leipzig 30512.	<b>Mittwoch, 16. Juni</b>	<b>Verkaufspreis:</b> Halle-Saale: Ketzberg Straße 61/62, Fernruf Zentral 7801. Magdeburg: Poststraße 56/59 und 60/61. — Postfach-Vertrieb: Leipzig 30512.

## Die Forderungen der Demokraten

### Trimborns weitere Versuche — Bürgerlicher Block oder alte Koalition? — Die Deutsche Volkspartei am Scheidewege

b. Berlin, 16. Juni.

Über den Stand der Verhandlungen des letzten Tages sind gemeldet: Die Versuche Trimborns, eine neue rechts-revolutionäre Koalition mit Einfluß der Sozialdemokraten zustande zu bringen, sind am Abend des 15. Juni gescheitert. Auch die zweite Möglichkeit, die alte Koalition mit der Volkspartei zu erneuern, ist durch die Trimborns fallen gelassen. Die Sozialdemokraten diesem Gedanken den größten Widerstand entgegenzusetzen. Der sozialdemokratische Seite wird dazu erklärt: „Ein Zusammenarbeiten zwischen Sozialdemokratie und Nationaler Volkspartei ist unmöglich.“

Belegung der Kette, aber parteipolitische Rücksichten mit Trimborns, die sich auf dem Boden der Verhandlung stellen, die aber auch gleichzeitig die Amt auszufüllen geeignet sind.

Diese Forderungen der Demokraten dürften Anlaß zu größeren Auseinandersetzungen geben. Die beiden Punkte: „Auf dem Boden der Weimarer Verfassung“ und „Abweisung jeder monarchistischen Agitation“ scheiden sich voneinander aus. Die Befreiung des Deutschen Reiches wird nicht an, auf welchem Wege sie geändert werden kann, nämlich — so legt § 76 — wenn durch Zweidrittelmehrheit eine Verfassungsänderung beschlossen wird. Wenn also die auch durch die Verfassung sichergestellt freie Meinungsäußerung, Presse- und Versammlungsfreiheit es zuzulassen bringt, die Volkspartei für die monarchistische Staatsform zu überzeugen und im Parlament eine Zweidrittelmehrheit herbeizuführen, so könnten selbst die Demokraten nicht dagegen Straßmärsche. Die Verfassung sagt nicht, daß die republikanische Staatsform festzuhalten für alle Zeiten festgelegt ist und niemals befristet werden darf. Wenn also die Demokraten die Befreiung und Bekämpfung jeder monarchistischen Agitation fordern, so legen sie sich damit in Widerspruch mit dem Geist und dem Wortlaut der Verfassung und fordern von der Deutschen Volkspartei, daß sie ein Verstoß gegen die Verfassung begeht.

Die der „Vorwärts“ berichtet, lebte sich Abg. Dr. Trimborn nach seiner Abreise mit der Bildung eines neuen Kabinetts zunächst mit den Unterhändlern der Sozialdemokraten, den Herren Müller und Löbe, in Verbindung und fragte sich, ob sie eine nach rechts erweiterte Koalition eingehen könnten, wenn das Zentrum darin die Führung überläßt. Nach der Verneinung der alten Koalition, die mit Einfluß der Deutschen Volkspartei 243 Mandate, also eine knappe Mehrheit, umfassen würde. Mit solchen knappen Mehrheiten ließe es in Baden fünf Jahre, in Weimar drei Jahre mit Erfolg regieren würden. Solange Löbe erwiderte ihm, daß die sozialdemokratische Position auch in solchen Konstellationen nicht teilnehmend sei. Er hätte keine die Sicherheit der zukünftigen Mehrheit nicht auf die Deutsche Volkspartei des Dr. Heim gegründet werden, und zweitens wären diese Stimmkraft nur ein Scheinverhältnis, welche durch die Nichtanerkennung der Sozialdemokratischen Partei auch in solchen Konstellationen nicht teilnehmend sei. Er hätte keine die Sicherheit der zukünftigen Mehrheit nicht auf die Deutsche Volkspartei des Dr. Heim gegründet werden, und zweitens wären diese Stimmkraft nur ein Scheinverhältnis, welche durch die Nichtanerkennung der Sozialdemokratischen Partei auch in solchen Konstellationen nicht teilnehmend sei.

### Keine deutschnationale Erklärung

(Von unserem Sonderberichterstatter.)

b. Berlin, 15. Juni.

Von der Reichstagsfraktion der Deutschen Nationalen Volkspartei wird mitgeteilt:

„An die Deutschnationale Fraktion hat sich bis zur Stunde keiner der mit der Regierungsbildung betrauten Herren mit dem Ersuchen um Teilnahme an den Verhandlungen gewandt. Das muß um so mehr bedauerlich sein, weil durch die verschiedensten Erklärungen der Fraktion und durch die Haltung, die von deutschnationaler Seite seit den Wahlen angenommen ist, die Bewusstlosigkeit der Partei feststeht, den Bedürfnissen des Vaterlandes gerecht zu werden. In der letzten Sitzung der Fraktion bestand Übereinstimmung darüber, daß die deutschnationale Fraktion, nachdem durch die Haltung der Sozialdemokraten jede Koalition zwischen bürgerlichen Parteien und Sozialdemokraten erkräftet wurde, eine Regierungsbildung der bürgerlichen Parteien erstrebt wird. Auch das könnte nicht ohne Opfer der bisherigen Anschauungen und der Parteinteressen geschehen. Diese Opfer auf sich zu nehmen, erwiderte der Fraktion in Hinblick auf die bevorstehenden Verhandlungen in Epa und auf die Gefahr der von radikaler Seite ausdrücklich angekündigten Versuche gewalttätiger Umstürzung der Verfassung als eine vaterländische Pflicht. Wenn diese vaterländische Notwendigkeit sich nicht lösen sollte, so kann das jedenfalls nicht auf das Verhalten der Deutschnationalen Volkspartei zurückgeführt werden.“

### Keine Auflösung der preussischen Landesversammlung

(Von unserem Sonderberichterstatter.)

w. Berlin, 15. Juni.

Entgegen dem unabhängigen-fraktionellen Antrag, wegen des Ergebnisses der Reichstagswahlen die Auflösung der Landesversammlung herbeizuführen, beschloß der Verfassungsausschuß der preussischen Landesversammlung mit der Beratung der Verfassung morgen, Mittwoch, zu beginnen.

### Umgestaltung der badischen Regierung

c. Karlsruhe, 15. Juni.

Innerhalb der badischen Regierung haben Veränderungen unmittelbar bevor. Der Minister des Innern Dr. Zeitzig, Mitglied des neuen Reichstags, wird sich aus der Reichspolitik widmen und sein bisheriges Ministerpostens verlassen. Dieses Ministerium wird in Baden nicht mehr besetzt, sondern dem Justizministerium angegliedert werden. Ferner wird das Ministerium für militärische Angelegenheiten aufgelöst werden, auch beschließt der badische Staatspräsident Reich, sich von der Regierungstätigkeit zurückzuziehen. Ueber die Frage der Abfassung der Staatsverfassung innerhalb der badischen Regierung werden amnestisch Verhandlungen zwischen der Sozialdemokratie und dem Zentrum angesetzt.

## Heeres- und Marinekammer

Durch Verordnung des Reichspräsidenten vom 8. Juni 1920 ist die Bildung einer vorläufigen Heeres- und einer Marinekammer angeordnet worden. Damit ist dem Verlangen des Heeres nach einer berufsständischen Vertretung Rechnung getragen worden, dem schon seit langer Zeit die militärische Presse und die Truppe mächtig oder in Weimarer und Weimarer Richtung gegenüber.

Im Laufe des Jahres 1919 hatte ein neues, bis dahin als Disziplinwidrig und unzulässig erkanntem Verfahren herausgebildet, Wünsche, Anregungen und Vorschläge der Truppe zur Kenntnis des Ministeriums zu bringen. Abordnungen von Truppen, einzelne Offiziere usw. erschienen fortwährend in Berlin, traten umher, bis sie die zuständigen Stellen gefunden haben und können im allgemeinen nicht weiter die Aufgabe einer Prüfung ihrer Angelegenheiten schaffen. Dieser Zustand dürfte im Interesse der Disziplin nicht ein dauernder werden. Die Berufskammer, der Truppe ein Sprachrohr zu geben, durch das sie auch ohne Dienstweg zur Zentralstelle sprechen kann, wurde anerkannt.

Diese Beweggründe führten dazu, sich den verbündeten Berufsämtern anzuschließen, vom Militärgeheimnis abzugehen und in der Heereskammer ein Gremium für die Truppe zu schaffen, eine lebendige Verbindung zwischen Zentralstellen und Truppe, die vom Vertrauen des Heeres und des Ministeriums getragen wird.

Die dem Chef der Heeresleitung unterstellte Heereskammer soll diesen Beratern und Gutachtern sein. Dementsprechend untersteht der Arbeitsbereich der Kammer die Arbeit an den Gesetzesvorlagen, die sich auf die Bekämpfung der Wehrmacht gründen, die auf einerseits die Heranziehung zur Mitarbeit der Zentralstelle aus und andererseits die beabsichtigte Anregung der Zentralstelle aus dem Heere heraus.

Die Mitglieder der Kammer werden in gleicher Zahl gewählt. Man mußte sich den heutigen Verhältnissen anpassen und entsprechende Bestimmungen für das Wahlverfahren geben. Die Berufskammer, der Truppe ein Sprachrohr zu geben, durch das sie auch ohne Dienstweg zur Zentralstelle sprechen kann, wurde anerkannt. Die Mitglieder der Kammer werden in gleicher Zahl gewählt. Man mußte sich den heutigen Verhältnissen anpassen und entsprechende Bestimmungen für das Wahlverfahren geben. Die Berufskammer, der Truppe ein Sprachrohr zu geben, durch das sie auch ohne Dienstweg zur Zentralstelle sprechen kann, wurde anerkannt.

Die dem Heereskammer unterstellte Heereskammer soll diesen Beratern und Gutachtern sein. Dementsprechend untersteht der Arbeitsbereich der Kammer die Arbeit an den Gesetzesvorlagen, die sich auf die Bekämpfung der Wehrmacht gründen, die auf einerseits die Heranziehung zur Mitarbeit der Zentralstelle aus und andererseits die beabsichtigte Anregung der Zentralstelle aus dem Heere heraus.

### Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt







taubten die Diebe Jüder, Scholabe und andere Gassen. Die Täter sollen Polen sein.

sk. Leipzig, 14. Juni. (Magisches Einmühen...)

sk. Leipzig, 14. Juni. (185 Millionen ungedeckter...)

sk. Leipzig, 15. Juni. (Die Ernst Reil-Stiftung...)

1. Leipzig, 15. Juni. (Richtpreisliste...)

„H.3.“ Sportberichte

Rennen zu Breslau

1. Schiffsicher Damenpreis. 1. Ganswurtz... 2. Wetronom... 3. Perle...

Das IV. nationale leistungsfähigste... 26. Juli d. J. halt. An Konfirmanden...

Ein Staffettenrennen in Glogerern... Deutsches-Ringer-Ränne...

Volkswirtschaft

Wahrheit mit einem \*... Original-Beitrag...

Im Interesse der Allgemeinheit

rw. Im Vergleich ist vor kurzem eine neue... 2. Die Besenbesitzer... 3. Die Besenbesitzer...

Industrie, Handel, Handwerk

\* Tätigkeit im Förderamt... 2. Die Lage in der Schuhwarenindustrie...

Die Lage in der Schuhwarenindustrie... 2. Die Lage in der Schuhwarenindustrie...

Die Lage in der Schuhwarenindustrie... 2. Die Lage in der Schuhwarenindustrie...

\* Wabe in Gernern... \* Wagenstellung... \* Elektrolyt...

Aktiengeellschaften

Aus dem Konzern der... 2. Aus dem Konzern der...

Aus dem Konzern der... 2. Aus dem Konzern der...

1.000.000 M. vor. Das erhöhte Kapital... durch Fortfall der...

Reichsbank... 2. Reichsbank... 3. Reichsbank...

Berliner Börsenberichte

Börsenbericht... 2. Börsenbericht... 3. Börsenbericht...

Deutscher Metallmarkt

Berlin, 15. Juni... 2. Berlin, 15. Juni...

Deutscher Wertpapiermarkt

Berlin, 15. Juni... 2. Berlin, 15. Juni...

Deutscher Wechselmarkt

Berlin, 15. Juni... 2. Berlin, 15. Juni...

Deutscher Anleihemarkt

Berlin, 15. Juni... 2. Berlin, 15. Juni...

Deutscher Aktienmarkt

Berlin, 15. Juni... 2. Berlin, 15. Juni...

Deutscher Bankmarkt

Berlin, 15. Juni... 2. Berlin, 15. Juni...

Deutscher Industrieaktienmarkt

Berlin, 15. Juni... 2. Berlin, 15. Juni...